



Kiel, 10. Februar 2017

Nr. 043 /2017

Martin Habersaat:

CDU beschimpft sich gegenseitig

Zu einer Pressemitteilung des Vorsitzenden des CDU-Wirtschaftsrates Schleswig-Holstein, des früheren Landesministers Dr. von Boetticher, erklärt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:

Vor einer Woche war mir Herr von Boetticher richtig sympathisch, als er – leider vergeblich - versuchte, auf dem CDU-Landesparteitag einen letzten Rest von Vernunft zu retten, Zwangskehrwende zu G9 an allen Gymnasien zu stoppen und den Schulfrieden zu bewahren. Vermutlich meint er, Sympathie von der falschen Seite sei schädlich. Nun greift er also doch noch auf der anderen Seite in den Landtagswahlkampf ein.

Er hat sich offensichtlich nicht im Ansatz darüber informieren lassen, wie das 2014 einstimmig, auch mit den Stimmen der CDU, vorbereitete System zur Erfassung der erteilten und ausgefallenen Stunden (PUSH) zustande kam.

Der Bildungsausschuss hatte zuvor in zahlreichen Sitzungen die Schwächen des früheren Auswertungssystems ODIS erörtert und Kennziffern formuliert, die einen realistischen Überblick über erteilte, durch Vertretung aufgefangene und gänzlich ausgefallene Unterrichtsstunden ermöglichen sollten, ohne die Schulen und Schulleitungen mit bürokratischen Aufgaben zu überlasten.

Von „erfahrungsgemäß geschönten Lehrervertretungsplänen“ zu sprechen, zeugt weder von intensiver Befassung mit der Sache noch von Respekt vor der Arbeit der Schulen. Gerade der Vertretungsplan an einer Schule ist ungeschönt und transparent. Das war einer der Kerngedanken bei der Umstellung von ODIS auf PUSH.

## Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion  
Landeshaus  
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:  
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05  
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail [pressestelle@spd.ltsh.de](mailto:pressestelle@spd.ltsh.de)  
Web [spd.ltsh.de](http://spd.ltsh.de)

Auch das System, wonach der Bildungsausschuss zeitnah bereits in der ersten Jahreshälfte Zahlenmaterial zur Unterrichtsversorgung erhält und in der zweiten Jahreshälfte der ausformulierte Jahresbericht zur Unterrichtsversorgung an den Landtag geht, ist im Konsens erfolgt.

Natürlich gibt es weiterhin Mangelfächer, in denen weniger Lehrkräfte am Arbeitsmarkt sind als gebraucht werden; und natürlich gibt es unbeliebte Einsatzorte. Bildungsministerin Britta Ernst und die Küstenkoalition stellen sich diesen Problemen. Ein Rundumschlag wie der des CDU-Wirtschaftsrates löst aber keines dieser Probleme.